



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/885 (neu)

Der Sozialausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarauftrag vom 5. September 2018 überwiesenen Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD in mehreren Sitzungen - zuletzt in seiner Sitzung am 4. Juni 2020 - befasst und dazu schriftliche Stellungnahmen eingeholt.

Im Rahmen der Beratungen wurde ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW vorgelegt, der einstimmig angenommen wurde. Ebenfalls einstimmig empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag den Antrag in der untenstehenden geänderten Fassung zur Annahme:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, ihre Gespräche mit

Freiwilligendienstleistenden, Einsatzstellen und Trägern sowie weiteren Akteuren (zum Beispiel Hochschulen, Unternehmensverbänden, Unterstützungsnetz-

werken, Kommunen, Wohnungsunternehmen und Verkehrsverbänden) weiterzuführen, um die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste zu verbessern. Um Wertschätzung und Anerkennung der Freiwilligendienste zu stärken, sollen unter anderem die folgenden Maßnahmen geprüft werden:

1. Werbung für den Freiwilligendienst

- Lokale und digitale Anlauf- und Vernetzungsstellen wie Freiwilligenagenturen, -zentren und -börsen, Seniorenbüros oder Selbsthilfekontaktstellen zu fördern, damit die vielen Menschen, die sich gerne engagieren möchten, die für sie passenden Aktivitäten finden.
- Auf eine zentrale (bundesweite) Datenbank hinzuarbeiten, in der die verschiedenen Einsatzstellen übersichtlich aufgeführt und Bewerbungen unkompliziert möglich sind, wie es zum Beispiel bei den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung schon der Fall ist.
- Sich dafür einzusetzen, dass auch vom Bund aus ein deutliches Signal gesetzt wird, dass Engagement wichtig ist: durch Imagekampagnen, Unterstützung bundesweiter Zusammenschlüsse und Netzwerke.
- Schulen zu offenen Orten mit kreativen Freiräumen für alle Kinder zu machen, in denen Sie früh das Engagement für andere erlernen.
- Freiwilligendienste als nachhaltigen gesellschaftlichen Mehrwert und als Bildungsangebot für nachhaltige Entwicklung anzuerkennen und in die geplante „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)-Strategie“ aufzunehmen.

2. Rahmenbedingungen verbessern

- Sich auf Bundesebene für eine stärkere Unterstützung für alleinlebende Freiwilligendienstleistende und die vermehrte Übernahme von Kost und Logis seitens der Träger oder Einsatzstellen einzusetzen. Ziel muss es sein, dass es jungen Menschen aus allen Einkommens- und Bildungsschichten möglich ist, einen Freiwilligendienst zu leisten.
- Die Möglichkeit zur Einführung eines ‚Freiwilligendiensttickets‘ in Schleswig-Holstein im Rahmen der Debatte um die Tarifreform im ÖPNV zu prüfen.
- In Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen Wohnraum für Freiwilligen-WGs zu unterstützen analog dem studentischen Wohnen.
- Freiwilligendienste inklusiver zu gestalten und stärker für Menschen mit Behinderung zu öffnen.
- Freiwilligendienste integrativer zu gestalten, expliziter für geflüchtete Menschen zu öffnen und Tandemprojekte mit zwei Freiwilligendienstleistenden zu fördern.
- Den Bekanntheitsgrad und die Anerkennung des Freiwilligenausweises zu fördern, um entsprechende Ermäßigungen bei Freizeit- und Kulturangebo-

ten wie Museen, Kinos und Theatern zu verstärken. Besonders Einrichtungen in öffentlicher Hand sollen dazu angeregt werden, bei Vorlage eines entsprechenden Ausweises Ermäßigungen zu erteilen.

- Sich in der Ministerpräsidentenkonferenz dafür einzusetzen, dass Freiwilligendienstleistende von der Rundfunkgebühr grundsätzlich ausgenommen werden.
- Der Bund wird gebeten, das begleitende Bildungsprogramm qualitativ weiterzuentwickeln und zu evaluieren und den Freiwilligen ein persönliches Coaching mit Angeboten zur Berufsfindung, Ausbildung und Studienplanung anzubieten.
- Engagierte mit Beratung, Begleitung und Fort- beziehungsweise Weiterbildungen zu unterstützen und dafür weiterhin ausreichend Gelder im Haushalt für bereitzustellen.
- Eine vielfältige Kultur der Anerkennung und Wertschätzung des Engagements durch Nachweise für Lebensläufe und eine einheitliche Anerkennung von Engagement Leistungen für Ausbildung und Studium zu ermöglichen.
- Im Freiwilligendienst erworbene Kompetenzen zu zertifizieren und als Ausbildungs- oder Studienleistungen anzuerkennen (z. B. als Praktikum).“

Werner Kalinka
Vorsitzender